

ben hat, so ist das im Entwurf zu lesende Wort: „entweder,“ zu streichen vereinbart worden, indem dasselbe zu der Mißdeutung Veranlassung geben könnte, als sei es der Wahl des Richters in allen Fällen überlassen, bei Anwendung einer gesetzlichen Bestimmung seine Entscheidung auf die Worte derselben oder auf den angeblich davon abweichenden Sinn, den er durch logische Auslegung in selbigen gefunden zu haben glaubt, zu begründen.

In der Ueberschrift des Artikels, welche nur der Handlungen gedenkt, in seinem Inhalt aber neben den Handlungen, auch Unterlassungen mit aufnimmt, ist der Ausdruck: Handlungen, im weitern Sinne genommen, so, daß unter den Begriff der letztern bei eintretenden geeigneten Verhältnissen die Unterlassungen mit fallen. Dieser erweiterte Begriff der Handlungen ist jedesmal da anzunehmen, wo in dem Entwurf über die Strafbarkeit von Handlungen allgemeine Bestimmungen gegeben worden (z. B. Art. 44. 45.), deren Anwendung auf Unterlassungen paßt.

#### Art. 2.

Auch dieser Artikel stimmt mit dem zweiten Artikel des Criminalgesetzbuchs überein. Es ist darin nur der Ausdruck in letzterem: „Sächsische Unterthanen“ mit dem hier gleichbedeutenden Worte: „Inländer“ vertauscht und dadurch eine Gleichförmigkeit im Ausdruck mit den folgenden Artikeln dieses Capitels erzielt worden.

#### Art. 3.

Nach dem jetzigen Recht (Art. 3. des Criminalgesetzbuchs) werden Ausländer, welche wegen eines im Inlande oder Auslande begangenen Verbrechens vor inländischen Gerichten zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden, unbeschränkt und ohne Ausnahme nach den Vorschriften des Criminalgesetzbuchs beurtheilt. Sie sind daher den Inländern, von welchen dasselbe gilt, (Art. 2. des Cr.-G.-B.) in dieser Beziehung ganz gleich gestellt. Aus diesem Grund legt auch das jetzige Recht kein Gewicht darauf, ob derjenige, welcher wegen eines im Auslande begangenen Verbrechens im Inlande zur Untersuchung gezogen wird, zur Zeit der Verübung desselben bereits sächsischer Unterthan war oder erst nach verübtem Verbrechen nach Sachsen sich gewendet hat und daselbst staatsangehörig geworden ist.

In dem Art. 3. des Entwurfs wird aber der Eingangserwähnte Grundsatz des jetzigen Rechtes, insofern er die Bestrafung der Ausländer wegen im Auslande begangener Verbrechen betrifft, nur zum Theil aufrecht erhalten, indem er durch eine daneben aufgestellte Ausnahme be-